

Gegenrede!



**Jugendpolitische Argumente
gegen jeden Rechtspopulismus**



The image features a teal background with a white, torn paper effect along the top and bottom edges. The white area is irregular, with jagged, torn edges. In the bottom right corner, there is a large, bold, black ampersand symbol (&).

&

Einleitung

Menschenverachtende und autoritäre Ideen dringen innerhalb unserer Parlamente und außerhalb bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hinein und können sich besonders dort gut verbreiten, wo es keinen Widerspruch gibt. Sie basieren alle auf ähnlichen Prämissen, die nicht nur den Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen, sondern auch alles in Frage stellen, wofür die vielfältige Landschaft der Jugendverbandsarbeit steht.

Denn rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure haben kein positives Bild von Jugend. Beispielsweise taucht im Grundsatzprogramm der AfD der Begriff *Jugend* im Wesentlichen im Kontext von Kriminalitätsbekämpfung auf.¹

Was bedeutet das alles für uns Jugendverbände und wie gehen wir damit um?

In unserem Selbstverständnis fördern wir eine emanzipatorische und pluralistische Jugend, setzen uns für die Interessen ALLER Kinder und Jugendlichen ein und verstehen uns als Teil einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Damit sind wir ein Dorn im Auge rechter Akteure. Jugend(verbands)arbeit wird zur Zielscheibe und der Einsatz für Demokratie und marginalisierte Gruppen gerät unter Generalverdacht, etwas „Falsches“, ja sogar „Verbotenes“ zu sein:

- Fachkräfte vor Ort werden persönlich angefeindet,
- ihre pädagogische Arbeit herabgesetzt,
- es werden Negativkampagnen gegen die Jugend(verbands)arbeit gefahren² und
- mit kleinen parlamentarischen Anfragen wird die öffentliche Förderung von Trägern denunziert und in Frage gestellt.

Gleichzeitig wird der Beutelsbacher Konsens³ und die Verpflichtung für staatliche Institutionen den chancengleichen Wettbewerb der Parteien zu wahren, dazu instrumentalisiert um eine Gegenrede und inhaltliche Auseinandersetzung zu unterbinden. Das Ziel ist, demokratische Stimmen der Zivilgesellschaft mundtot zu machen, um den Diskursraum ungestört weiter nach rechts zu verschieben.

¹ Quelle: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland (2016) S. 25.

https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf.

² Quelle: AfD Sachsen: „Zivilgesellschaft“ – Eine (teure) Mogelpackung (2023): <https://afd-fraktion-sachsen.de/wp-content/uploads/2023/11/zivilgesellschaft.pdf>.

³Mehr Infos: Der Beutelsbacher Konsens sind drei didaktische Prinzipien der politischen Bildung. Sie umfassen Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Zielgruppenorientierung:

<https://www.bpb.de/lernen/inklusive-politisch-bilden/505269/der-beutelsbacher-konsens/>.



Aber wir lassen uns eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht verbieten

Kaum ein Gesetz in Deutschland verpflichtet sich so stark demokratischen und pluralistischen Werten wie das SGB VIII. Es handelt von Vielfalt, Pluralität, Autonomie der Träger, Beteiligung und gesellschaftlicher Mitverantwortung aller junger Menschen, Abbau von Benachteiligung, Inklusion behinderter Kinder, Gemeinwohlorientierung und politischer Bildung.⁴

Der Einsatz für Menschenrechte, Demokratie, Beteiligung, Geschlechtergerechtigkeit, Weltoffenheit, die Europäische Idee, Respekt gegenüber anderen Religionen, die Vielfalt von Identitäten, Familien- und Lebensentwürfen, sexueller Orientierungen sowie Herkunft sind also nicht nur unser Selbstverständnis, sondern auch unser gesetzlicher Auftrag.

Darüber hinaus ist unsere Aufgabe als politische Bildende, im Sinne des Kontroversitätsgebots, Phänomene, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, aufzugreifen und sachlich besprechbar zu machen. Dabei geht es nicht darum, menschenverachtende Äußerungen indifferent als weitere Meinung im demokratischen Diskurs unwidersprochen stehen zu lassen. Ganz im Gegenteil gilt es, jungen Menschen und auch uns Fachkräften eine Orientierung entlang demokratisch, pluralistischer Menschenrechte zu bieten.

Das bietet diese Broschüre

Wir beschäftigen uns mit 10 rechtspopulistischen Aussagen, die von jugendpolitischer Relevanz sind und halten ihnen unsere Überzeugung und Argumente entgegen. Aufgrund ihrer Mandate in vielen Parlamenten, ihrer Potenzialität und ihrer parlamentarischen Anfragen in Bezug auf die Jugend(verbands)arbeit, beziehen wir uns auf beispielhafte Originalzitate der AfD. Unsere Argumente zählen aber gegen jeden Rechtspopulismus, egal welcher Partei oder Gruppierung.

Die Auseinandersetzung mit Originalzitenen birgt die Gefahr der Reproduktion menschenverachtender Aussagen. Dieses Dilemma lässt sich nicht auflösen.

Die Broschüre ersetzt keine tiefere inhaltliche Auseinandersetzung mit den angesprochenen Themen, kann aber die eigene Haltung stärken und eine Hilfe sein, um mit rechtsaffinen oder gleichgültigen Menschen ins Gespräch zu kommen – egal ob jung oder alt.

Denn Demokratie geht uns alle an!

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. im Frühjahr 2024

⁴ Vgl. SGB VIII §1;3;4;11;12, https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/_3.html.



**„Die Shoah begann nicht mit Auschwitz. Sie
begann mit dem Schweigen und Wegschauen
der Gesellschaft.“**

Eva Szepesi, Auschwitzüberlebende



Inhalt

#Vielfalt der Jugend(verbands)arbeit

#Neutralität

#Extremismus

#Familienbild

#geschlechterreflektierende Pädagogik

#sexuelle Bildung

#Sprache

#Inklusion

#Migration

#Klimawandel



#Vielfalt der Jugendverbandsarbeit

*„Unsere Jugend haben die böswilligen Gutmenschen in den Kindergärten, Schulen und Universitäten zu Schafen gemacht, während sie jetzt dabei sind, die Wölfe ins Land zulassen.“
(Björn Höcke)⁵*

Dieses Zitat unterstellt pädagogischen Fachkräften, sie würden Kinder und Jugendliche mit Absicht Gefahren aussetzen, indem sie ihnen beispielsweise interkulturelle oder interreligiöse Fähigkeiten beibringen. Damit würden sie lernen, die „Gefahr“ zu übersehen, welche angeblich von ausländischen Menschen ausgeht. Hier wird von einer Ungleichwertigkeit („unschuldig“ vs. „schuldig“) von Menschen gesprochen.

Rechtspopulist*innen lehnen die Vielfältigkeit der Jugendverbandsarbeitslandschaft ab. Gefördert werden soll vor allem eine „deutsche“ Jugend. Mit einer autoritären Erziehung und Organisation der Jugend geht es vor allem um klare Freund-Feind-Bilder, nationalen Pathos, strenge Hierarchien und staatliche Kontrolle. Die Gleichheit der Menschen, Weltoffenheit und Inklusion werden abgelehnt.

Ziel dieser Aussage ist, pädagogische Fachkräfte zu denunzieren, sie einzuschüchtern und schließlich daran zu hindern, sich beispielsweise für Interkulturalität und Integration einzusetzen. Zudem wird das Bild transportiert, dass Menschen nicht gleich an Wert und Rechten sind.

Wir sagen: „Jugendverbandsarbeit ist emanzipatorisch und pluralistisch!“

Jugendverbände in ihrer Vielfalt sind Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte und Interessen sind so vielfältig wie die Gesellschaft selbst: Themen wie Sport, Spiel, Kunst, Technik, Katastrophenschutz, Menschenrechte, Gesellschaftspolitik, Umweltschutz und viele mehr werden durch verschiedene Jugendverbände behandelt.

Jugendarbeiter*innen begegnen jungen Menschen auf Augenhöhe mit einer menschenrechtsorientierten pädagogischen Haltung. Sie unterstützen junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung hin zur Mündigkeit.

Für eine Demokratie ist es wichtig, dass viele verschiedene Angebote der Jugendverbandsarbeit existieren und dass junge Menschen diese gestalten. Die gemeinsamen Werte der demokratischen Jugendverbände in all ihrer Vielfalt sind Partizipation und Menschenwürde – und keine gleichgeschaltete und autoritäre Erziehung.

⁵ Quelle: Belegsammlung 1 Bl. 1985, 1996, Urteil Verwaltungsgericht Köln (8.3.2022): <https://openjur.de/u/2391315.html> (<https://oj.is/2391315>)



#Neutralität

*„Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Ziel der schulischen Bildung muss jedoch der eigenverantwortlich denkende Bürger sein.“
(AfD Grundsatzprogramm)⁶*

Laut diesem Zitat sind Schulen, die sich an Demokratie und Menschenrechten orientieren, keine guten Schulen. In dem Wort Indoktrination steckt eine negative Bewertung, welche suggeriert, es würde jungen Menschen auf „heimliche“ Weise etwas Schlechtes und gegen ihren Willen beigebracht.

Diese Forderung verdeutlicht die ablehnende Haltung einer demokratiebewussten, pluralen und kritisch-normativen Ausrichtung von Schule und letztlich auch Jugendarbeit. Sie suggeriert, Schule und Jugendarbeit müssen sich menschenfeindlichen Aussagen und den Personen, die sie tätigen, gegenüber neutral verhalten.

Ergebnis dieses Zitats und vieler ähnlicher ist, dass wir in der Jugendarbeit, Politik und Verwaltung eine Debatte darüber führen, was wir sagen dürfen und was nicht. Uns lieber nicht mehr äußern, während rechte Akteure ein gesellschaftliches Tabu nach dem anderen brechen und Hassrede normalisieren.

Wir sagen: „Jugendarbeit ist nie neutral! Wir vertreten immer demokratische, pluralistische Werte und die Interessen junger Menschen.“

Es ist der gesetzliche Auftrag der Jugendverbandsarbeit, die Entwicklung junger Menschen zu fördern, sie zur Selbstbestimmung zu befähigen sowie zu sozialem Engagement und gesellschaftlicher Mitverantwortung anzuregen.

Jugendverbände stellen Orte der Jugendarbeit dar, die gemeinwesensorientierte Angebote bieten. Politische Bildung ist in diesen Strukturen stets plural, demokratiebewusst und mündigkeitsfördernd. Dabei orientiert sie sich am *Beutelsbacher Konsens*. Von Neutralität steht dort allerdings nichts – ganz im Gegenteil!

Gefordert ist eine politische Bildung, die *kontrovers* ist, sich an den *jungen Menschen orientiert* und bestrebt ist, *Bevormundung zu vermeiden*. Ziel und Aufgabe der Jugendverbandsarbeit

⁶ Quelle: AfD Grundsatzprogramm 2016, S.54: <https://www.afd.de/wp-content/uploads/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>



ist, durch die Vermittlung demokratischer Werte und die Förderung der Fähigkeit, sich selbstbestimmt und kritisch, eine auf geprüften Fakten basierende Meinung zu bilden und damit die Demokratie zu stärken.

Es gilt zu zeigen, wo die weiten Grenzen eines demokratischen Diskursrahmens Kontroversität zulassen und wo gesellschaftliche Tabus beginnen.

Viele Vereine sind gemeinnützig, das heißt ihre Handlungen müssen auf die Förderung des Gemeinwohls abzielen. Damit ist zwar die Unterstützung und Förderung rein parteipolitischer Aktivitäten für gemeinnützige Vereine verboten und insofern sind sie zur Überparteilichkeit verpflichtet. Trotzdem dürfen sich Vereine im Rahmen ihres gemeinnützigen Zwecks (bspw. Umweltschutz, Demokratieförderung) und der grundgesetzlichen Meinungs- und Versammlungsfreiheit (gesellschafts-)politisch positionieren. Auch die Entscheidung über die (Nicht-)Einladung von Parteivertreter*innen zu Veranstaltungen obliegt den Vereinen; sie müssen sie nur fachlich-inhaltlich begründen.



#Extremismus

*„Die Umerziehung ist in vollem Gange. [...]. Wenn wir die Altparteien und ihre Gehilfen in NGOs nicht aufhalten, finden wir uns in der nächsten sozialistischen Diktatur wieder, diesmal nicht braun oder rot, sondern grün.“
(Karsten Hilse)⁷*

Dieses Zitat widerspiegelt die immer wiederkehrende Unterstellung, die organisierte Zivilgesellschaft und auch Jugendverbände seien linksextrem. Dabei wird linksextrem gleichgesetzt mit dem Einsatz für die Freiheiten und Menschenrechte marginalisierter Gruppen, Demokratie oder Themen wie Umweltschutz.

Ziel ist eine Kriminalisierung demokratischer Werte und zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Folge ist, dass Akteure eingeschüchtert werden und liberale Positionen ein schlechtes Image bekommen. Daraus wiederum ergibt sich, dass rechtsextremistische Gewalt und Überzeugungen verharmlost werden, es sogar zu einer Täter-Opfer-Umkehr kommt. Außerdem unterstellt der Extremismusvorwurf demokratischen Jugendverbänden gewaltvolle Absichten mit dem Ziel, jene zu diffamieren, die nicht in das eigene autoritäre Weltbild passen.

Wir sagen: „Demokratie- und Menschenrechtsbildung sind kein Linksextremismus, sondern die Vermittlung humanistischer Werte.“

Kinder- und Jugendverbände sind die Interessenvertretungen junger Menschen und die Interessen junger Menschen sind unterschiedlich, wie die jungen Menschen selbst. Deshalb spielen sie eine bedeutende Rolle für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie. So gibt es progressivere und konservativere, weltliche und religiöse Jugendverbände. Sie spiegeln die verschiedenen Weltanschauungen einer freien, demokratischen Gesellschaft wider. Trotz all ihrer Unterschiede stehen Jugendverbände auf dem gemeinsamen Boden der Menschenrechte und des Demokratieprinzips. Das ist bei all unserer Verschiedenheit unser gemeinsamer Minimal-Konsens. Daran ist nichts linksextrem. Dass rechte Akteure demokratische Überzeugungen als linksextrem diffamieren, zeugt von ihrer eigenen Distanz zu diesen.

⁷ Quelle: Karsten Hilse, Facebook:

<https://www.facebook.com/profile/100044328344561/search/?q=Die%20Umerziehung%20ist%20in%20vollem%20Gange>.



#Familienbild

*„Im Europaparlament werde ich laut und klar die traditionelle Familie verteidigen und den Schutz unserer Kinder vor Indoktrinierung und der Perversität einer gestörten in Teilen pädophilen, sogenannten queeren Community schützen [...]!“
(Leyla Bilge)⁸*

Dieses Zitat suggeriert, dass die sogenannte traditionelle Familie bedroht sei. Unter traditioneller Familie wird Vater, Mutter und Kind verstanden. Wobei der Vater als Ernährer der Familie arbeiten geht, während die Mutter sich um Haushalt und Kindererziehung kümmert. Bedroht sei dieses Familienbild, aber auch ganz konkret alle Kinder, durch alle nicht heterosexuellen Menschen in unserer Gesellschaft. Mittel der Bedrohung sei eine Umerziehung und sexuelle Übergriffe auf Kinder. Hier werden die Themen gesundes Aufwachsen von Kindern und die sexuelle Orientierung von Menschen so miteinander in Beziehung gesetzt, dass der Subtext entsteht, homosexuelle Menschen seien gefährlich für Kinder und Familien.

Das ist eine Stigmatisierung und Kriminalisierung aller Menschen, die nicht in einer Familie, bestehend aus Vater, Mutter, Kind, aufgewachsen oder die nicht heterosexuell sind.

Wir sagen: „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind normal und keine Bedrohung.“

Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ist es, junge Menschen zu sensibilisieren und aufzuklären, um Vorurteile abzubauen und Stereotype zu durchbrechen, infolge derer homosexuelle und trans Personen, aber auch Kinder und Jugendliche, immer wieder Diskriminierung und Gewalt erleben. Es geht also nicht darum, etwas wegzunehmen, sondern etwas hinzuzufügen: Jeder soll einfach gefahrlos so sein dürfen, wie er oder sie ist.

Gleichzeitig stehen Jugendverbände für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Das heißt, dass Jungen und Mädchen gleichermaßen gefördert werden und die Jugendarbeit gegen bestehende Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern eintreten.

Die klassische Familie und heterosexuelle Partnerschaft ist in der Vielzahl von Beziehungen lediglich eine Form des Zusammenlebens von Menschen.

⁸ Quelle: Rede bei Europawahlversammlung, Videomitschnitt auf YouTube vom 29.07.2023, Kanal: AfD TV: <https://www.youtube.com/watch?v=cSAX2CNioZE>.



Wir sagen: „Junge Menschen brauchen für ein gesundes Aufwachsen ausreichend finanzielle Mittel, eine gewaltlose Umgebung und die Berücksichtigung ihres Willens.“

Eine vermeintlich traditionelle Familie ist keine Garantie für ein gesundes Aufwachsen junger Menschen. Ausschlaggebend dafür sind vielmehr, dass sie nicht arm sind, eine liebevolle und gewaltlose Erziehung genießen, Zugang zu Bildung erhalten etc.

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu garantieren, dass Kinder unabhängig von den Voraussetzungen ihres Elternhauses gesund aufwachsen. Dafür muss z. B. das Armutsrisiko alleinerziehender Eltern reduziert werden oder ausreichend Schutzräume für Betroffene von häuslicher oder sexualisierter Gewalt existieren.



#geschlechterreflektierende Pädagogik

*„Der linke Diskurs macht aus jungen Männern und Frauen entsexualisierte, ideologische Soldaten, die sich der links-grünen Umerziehung der Gesellschaft statt ihrer eigenen persönlichen Entfaltung widmen sollen. [...]. Wir müssen diesen Irrweg so schnell wie möglich beenden und Männer Männer und Frauen Frauen sein lassen.“
(Martin Sichert)⁹*

*„Das was uns zusammentreibt ist, dass wir echt sein sollen. Wir wollen echte Männer sein, meine Herren. Und echte Männer sind rechts. Und als echte Männer wollen wir echte Frauen haben. Feministinnen sind alle hässlich und grässlich.“
(Maximilian Krah)¹⁰*

Diese Zitate suggerieren, eine geschlechterreflektierende Pädagogik sei eine Umerziehung mit Pflicht-Charakter und beinhalte die Ablehnung jeglicher „traditioneller“ bzw. „echter“ Geschlechtlichkeit. Doch darum geht es bei geschlechterreflektierender Pädagogik nicht. Es geht darum zu fragen, welches Bild wir von Männern und Frauen haben, welche Erwartungen und Rollenmodelle. Um dann reflektieren zu können, ob man selbst diesem Bild und den Erwartungen entsprechen möchte oder nicht.

Beispielsweise bezieht sich das traditionelle Frauenbild auf gesellschaftliche Vorstellungen, Rollen und Erwartungen, die traditionell mit dem weiblichen Geschlecht verbunden sind. Typischerweise umfasst es Merkmale wie die primäre Rolle der Frau als Ehepartnerin und Mutter, die Aufgabe der Haushaltsführung und der Kindererziehung, sowie die Erwartung, dass Frauen sich in ihrem Verhalten und ihren Interessen eher passiv, fürsorglich und zurückhaltend verhalten. Im Verständnis des traditionellen Frauenbilds sind Frauen den Männern untergeordnet und ihre Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Teilhabe begrenzt. Darüber hinaus sollen Mädchen und Frauen schlank, gesund und „schön“ sein und unterliegen damit einem eng gefassten Schönheitsideal.

Jede Person ist frei, eine traditionelle Geschlechterrolle zu wählen, aber jede Person sollte sich auch dagegen entscheiden dürfen. Es geht also um mehr und nicht um weniger Freiheit. Den o.g. Zitaten hingegen liegt das Ziel zugrunde, die Normen eng zu halten und die Freiheit der einzelnen Person nicht zu erweitern. Das dient dem Bestand patriarchaler Machtstrukturen.

⁹ Quelle: Deutscher Bundestag, 19. WP, Sitzung 231, 21.Mai 2021, 29731-29732:
<https://dserver.bundestag.de/btp/19/19231.pdf>.

¹⁰ Quelle: <https://www.derwesten.de/politik/afd-spitzenkandidat-maximilian-krah-ampel-regierung-id300843329.html>



Wir sagen: „Mädchen und alle anderen Kinder und Jugendlichen sollen sich frei von Geschlechterstereotypen entwickeln dürfen.“

Kinder- und Jugendarbeit zielt darauf ab, Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstützen. Dazu gehört die Förderung von Selbstbewusstsein, Selbstvertrauen, Selbstständigkeit und die Entwicklung eines positiven Selbstbildes. Die von Beginn an bestehende Zweiteilung in Jungen und Mädchen und die damit einhergehende Anforderung an das jeweilige Geschlecht, engt die freie Entfaltung der Persönlichkeit ein.

Durch Angebote der geschlechterreflektierenden Pädagogik werden Kinder und Jugendliche ermutigt, über Geschlechterthemen zu diskutieren, zu reflektieren sowie neue Aktivitäten auszuprobieren und Erfahrungen zu sammeln. Zudem bildet die Förderung von Mädchen und somit die Mädchenpolitik eine wichtige Maßnahme für das Herstellen von Geschlechtergleichstellung. Darüber hinaus ist ebenso wichtig, einen Fokus auf Jungen zu legen, die sich nicht in die jeweiligen Geschlechterkategorien einordnen wollen und/oder können. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung zu erlangen, um ihre eigene Geschlechtsidentität frei zu erkunden und diese ggf. eben auch jenseits der tradierten Rollen leben zu können.



#sexuelle Bildung

*«Die aufgedrängte Konfrontation durch staatlich autorisierte Erzieher und damit faktische Erlaubnis von Frühsexualisierung erfolgt zumeist gegen das hochsensible wie verletzliche Schamgefühl der Kinder und den ausdrücklichen Willen der Eltern. Dadurch stellt sie einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung der Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar. Neben seelischen Verletzungen der Kinder kann dies auch zur Folge haben, dass die Hemmschwelle von Kindern, sich gegen Übergriffe zu wehren, gesenkt wird. Insofern ist im Interesse der Kinder sicherzustellen, dass in Krippen und Kindergärten keine Sexualaufklärung mehr stattfindet, auch um etwaigen Missbrauchsversuchen vorzubeugen.»
(Klaus Wichmann)¹¹*

In diesem Zitat wird das Wort „Frühsexualisierung“ als Synonym für Sexualpädagogik/sexuelle Bildung genutzt. Es basiert auf der Vorstellung, dass junge Menschen nur dann Sex haben, wenn man mit ihnen darüber spricht. Dahinter steckt eine rigide Sexualmoral. Außerdem liegt die Annahme zu Grunde, dass Sexualität sanktioniert und kontrolliert werden müsse. Das hat zum Ziel, die traditionelle Geschlechterordnung aufrechtzuerhalten. Zusätzlich soll es ausschließlich die Entscheidung der Eltern sein, ob, wann und wie sie mit ihren Kindern über Sexualität reden.

Des Weiteren wird in diesem Zitat pädagogischen Fachkräften ein Eigeninteresse an sexueller Bildung unterstellt, um so Missbrauch zu ermöglichen. Das ist eine Denunzierung und Kriminalisierung von Fachkräften und Trägern der Jugendhilfe, die mit Aufklärung, Schutzkonzepten und Ansprechpersonen genau vor einem solchen Missbrauch schützen wollen.

Wir sagen: „Sexuelle Bildung ist wichtig für die sexuelle Selbstbestimmung und Prävention gegen sexualisierte Gewalt.“

Es ist für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig, schon von klein auf und altersentsprechend rund um die Themen Geschlecht und Sexualität sensibilisiert zu werden und das Thema zu enttabuisieren. Der Mensch ist ein sexuelles Wesen. Das heißt, auch Kinder und Jugendliche machen sexuelle Erfahrungen.

Sexuelle Bildung hat zum Ziel, die sexuelle Selbstbestimmung zu stärken. Bei mangelnder oder fehlender sexueller Bildung fällt es Täter*innen leichter, sexualisierte Übergriffe als unproblematische Normalität zu bezeichnen. Resultierend daraus fehlen Kindern z. B. Begriffe, um das Geschehene zu erklären und Hilfe zu holen.

¹¹ Quelle: Niedersächsischer Landtag, 19. WP, Drucksache 19/2227, S.3: https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_19_02500/02001-02500/19-02227.pdf



Die Forderung, sexuelle Bildung sei ausschließlich Familienangelegenheit, birgt die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche unvollständig oder gar nicht aufgeklärt werden. Und auch die Schule mit ihrem Pflicht- und Leistungscharakter kann im Rahmen von ein bis zwei Tagesveranstaltungen diese Lücken nicht schließen. Somit ist z. B. die Jugendverbandsarbeit als freiwilliger, langfristiger und auf Beziehungsarbeit angelegter Ansatz ein wichtiger ergänzender Ort für bedürfnisorientierte und partizipative Angebote der sexuellen Bildung.



#Sprache

„Die Schreibung mit Sternchen und Unterstrichen ist also weder „inklusiv“ noch „bunt“ und schon gar nicht „geschlechtergerecht“. Ziel ist es, ohne jeden demokratischen Auftrag das Geschlechterverständnis der Mehrheit zu verändern. Es geht hier nicht primär um Grammatik oder um guten Schreibstil: Die Tatsache, dass es zwei aufeinander bezogene Geschlechter gibt, soll geleugnet werden.“
(Frauen und die AfD? 10 Klischees. 10 Antworten)¹²

Dieses Zitat erweckt den Eindruck, zu „gendern“ würde top-down von der Regierung vorgegeben. Ziel dieses Vorgehens sei ein geheimer Plan, das Geschlecht von Mann und Frau aufzulösen.

Die Ablehnung des „Genderns“ ist vielschichtig und hat verschiedene Motive, von persönlichen Vorlieben bis hin zu tief verwurzelten ideologischen Überzeugungen. Sehr oft steckt eine Ablehnung von Geschlechtergerechtigkeit zwischen Mann und Frau, diversen Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen dahinter. Das heißt unterm Strich eine Ungleichwertigkeit der Geschlechter, wobei der Mann und das Männliche immer als Norm begriffen wird.

Wir sagen: „Wir wollen eine inklusive, sensible und gerechte Sprache.“

Eine gendergerechte Sprechweise hat zum Ziel, die Geschlechtervielfalt in der Kommunikation zu stärken und ist ein Schritt von vielen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Studien zeigen, dass Sprechweisen, die neutraler sind, dafür sorgen, dass Menschen offener über Geschlechterrollen nachdenken. Außerdem ist Sprache nie statisch. Das heißt, sie verändert sich im Laufe der Zeit. Sprache passt sich dabei stets gesellschaftlichen Veränderungen an und prägt gleichzeitig die gesellschaftlichen Verhältnisse mit. Wir finden nicht, dass eine geschlechtergerechte Sprache die deutsche Sprache zerstört, weil es ein normaler Prozess ist, dass sich Sprechweisen verändern.

In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen kann geschlechtergerechte Sprache dazu beitragen, von klein auf die Idee der Gleichberechtigung zu vermitteln und zu betonen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, die gleichen Chancen und Rechte haben sollten. Strukturelle Benachteiligungen können natürlich nicht ausschließlich durch eine gendergerechte Sprache beseitigt werden. Deswegen ist neben einer sensiblen Kommunikation die Thematisierung von sozioökonomischen Ursachen der Diskriminierung von vor allem Frauen und queeren Menschen unerlässlich.

¹² Quelle: Frauen und die AfD? 10 Klischees. 10 Antworten, AfD Landesverband Sachsen, 2021, S.22:
https://www.qualitaet-ohne-quote.de/wp-content/uploads/2021/04/broschuere_klein.pdf



#Inklusion

*„Wir müssen es [das Bildungssystem] befreien von „Ideologie-Projekten“, wie z.B. der Inklusion.“
(Björn Höcke)¹³*

*„Leistungsprinzip statt Inklusion und Kuschelunterricht!“
(Markus Frohmaier)¹⁴*

Teilhabe für alle wird in diesen Zitaten nicht als universelles Menschenrecht, sondern als verhandelbare Weltanschauung herabgesetzt. Dem zugrunde liegt die Annahme, Menschen seien unterschiedlich viel wert und zwar nach Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Das ist menschenverachtend. Ziel von Rechtspopulist*innen ist nicht die Förderung aller Kinder und Jugendlichen, sondern nur die Förderung einer gesunden, leistungsfähigen Elite.

Wir sagen: „Alle Kinder und Jugendlichen sind gleich viel wert. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Teilhabe!“

Einem solchen Leistungsbegriff steht das universelle Prinzip der Menschenwürde entgegen. Nach diesem Prinzip ist es unsere Pflicht, für jeden jungen Menschen die optimalen Bedingungen zu schaffen, um sich frei entfalten zu können – und zwar völlig unabhängig davon, was er bereits leistet oder welche Behinderung/besonderen Bedürfnisse er hat. Für uns und das Grundgesetz liegt der Wert eines Menschen darin, ein Mensch zu sein.

So setzen auch die aktuellen Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland auf umfassende inklusive Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von einer eventuellen Behinderung. In diesem Sinne wird die Inklusion als grundlegender Leitgedanke im SGB VIII verankert. Bis 2028 sollen Angebote so gestaltet sein, dass alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung teilnehmen können. Wichtig dabei ist, dass sich das System an die Bedürfnisse der jungen Menschen anpasst und nicht umgekehrt.

Der rechtspopulistische Leistungsbegriff unterstellt, dass Jugend als Ganzes und insbesondere behinderte junge Menschen nicht „leistungsfähig“ seien. Dabei ist unbestritten, dass junge Menschen sich engagieren und ein Interesse an der Mitgestaltung unserer Gesellschaft haben. Und zwar unabhängig davon ob mit oder ohne Behinderung.

¹³ Quelle: Björn Höcke, MDR Thüringen-Sommerinterview 2023, 8:23-8:28 min.:

<https://www.ardmediathek.de/video/mdr-thueringen-journal/mdr-thueringen-sommerinterviews-2023-bjoern-hoecke-afd/mdr-fernsehen/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZW5kdW5nLzI4MjA0MS80MDk4NDYtMzkwMjgz>

¹⁴ Quelle: Facebook, Post 17. Januar 2018, https://www.facebook.com/frohmaier/posts/leistungsprinzip-statt-kuschelunterrichtseit-2011-sinkt-das-bildungsniveau-in-ba/1965846260332184/?locale=de_DE.



#Migration

„Flüchtlinge sind ganz klar ein Armutsrisiko für die Gemeinden und die Kreise. Durch die ungebrochene Masseneinwanderung steigt der Wohnungsbedarf weiter und weiter [...]. Auf dem Land wird bald dasselbe ablaufen wie in den Städten: Getthoisierung, steigende Kriminalität, überforderte Lehrer und Vermüllung. Damit nehmen sie den Deutschen auch noch das letzte bisschen Heimat im ländlichen Raum.“
(Carolin Bachmann)¹⁵

„Wir können nicht weiter zusehen, wie sogenannte Jugendgruppen, die nichts weiter sind als kriminelle Banden, unsere Innenstädte zerstören, Straftaten begehen und für Angst und Schrecken sorgen. Die Justiz hat in der Vergangenheit versäumt, empfindliche Strafen auszusprechen, die für Abschreckung sorgen und viele Eltern, insbesondere aus anderen Kulturkreisen, nehmen ihren Erziehungsauftrag nicht wahr. Wir brauchen einen starken Staat, der deutlich zu verstehen gibt, dass es auf unseren Straßen nicht toleriert wird, wenn Jugendbanden randalieren.“
(Stephan Brandner)¹⁶

Diese zwei Zitate thematisieren Migration und Asyl. Beides sind Hauptthemen autoritär-populistischer Akteure. Auffallend ist, dass die politische Debatte um diese Themen sehr emotionalisierend und mit einfachen Feindbildern geführt wird. Zum einen wird nicht über konkrete Zahlen, sondern von einer unbestimmten Masse gesprochen, die quasi einer Invasion gleicht. Zum anderen werden einwandernde und asylsuchende Personen zu einer homogenen Gruppe zusammengefasst, die überwiegend männlich, dunkelhäutig, nicht-christlich, kriminell, aggressiv und schmutzig ist. Es wird suggeriert, es ginge von dieser Gruppe eine Gefahr für die „deutsche“ (gleichbedeutend mit *weiß* und christlich)¹⁷ Bevölkerung aus. Deshalb wird in diesem Zusammenhang immer wieder von der Notwendigkeit einer staatlich veranlassten – und damit erzwungenen – „Remigration“ dieser Menschengruppe gesprochen. Mit anderen Worten geht es hier um eine Deportation im Sinne einer politisch angeordneten Verbannung oder Verschickung von Menschen.¹⁸

¹⁵Quelle: Deutscher Bundestag, 20. WP, 94. Sitzung, 30. März 2023, 11232-11233:

<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20094.pdf>

¹⁶Quelle: AfD Pressemitteilung, 01.11.2023, <https://www.afd.de/stephan-brandner-halloween-fuehrt-zu-strassenschlachten-deutschland-braucht-den-neuanfang/>.

¹⁷ Mehr Infos: IDA e.V.: Glossar: antimuslimischer Rassismus und Critical Whiteness:

[https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-](https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=93&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=516f5e97dff4480132fb9c0e605636c0)

[detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=101&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=8a2371029a2ad3c8dfaab150eefa01ad](https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=101&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=8a2371029a2ad3c8dfaab150eefa01ad)

[https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-](https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=101&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=8a2371029a2ad3c8dfaab150eefa01ad)

[detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=101&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=8a2371029a2ad3c8dfaab150eefa01ad](https://www.idaev.de/recherchetools/glossar/glossar-detail?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=101&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=8a2371029a2ad3c8dfaab150eefa01ad)

¹⁸ Mehr Infos: GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus: Glossar: Deportation:

<https://www.gra.ch/bildung/glossar/deportation/>.



Die Einstellung, die den Aussagen zugrunde liegt, heißt „Ideologie der Ungleichwertigkeit“. Damit sind Weltanschauungen gemeint, in denen die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen grundsätzlich abgelehnt werden. Es handelt sich um eine soziale Konstruktion, bei der tatsächliche und zugeschriebene Herkunft als gesellschaftliche Macht- und Strukturkategorien missbraucht werden. Zugrunde liegt dem die Vorstellung eines Staatsvolkes, welches seine Gemeinsamkeit nicht durch die Identifikation gemeinsamer Normen, wie die der universellen Menschenrechte definiert, sondern über eine scheinbar homogene Volksgemeinschaft, welche alles und alle ausschließt, die sie selbst nicht als z. B. „deutsch“ definiert.

So werden aus Schutz und Sicherheit suchenden Menschen, die aus verschiedensten Motiven (Krieg, Verfolgung, Naturkatastrophen, Armut) eine oft gefährliche Flucht auf sich nehmen, „Angreifer“ und Täter gemacht.

Wir sagen: „Wir erkennen das Menschenrecht auf Flucht und Asyl an und lehnen einen völkischen Nationalismus ab.“

Wir bekennen wir uns zur Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die bereits 1992 auch von Deutschland ratifiziert wurde. Dort sind das Recht auf besonderen Schutz sowie die besondere Hilfeleistung von Kindern auf der Flucht (Artikel 22) verankert.

Zudem lehnen wir einen völkischen Nationalismus ab. Das heißt, es existiert kein einheitlicher-homogener deutscher Volksstamm. Dem liegt der Gedanke zu Grunde, dass prinzipiell alle jungen Menschen es wert sind, ernst genommen, unterstützt und befähigt zu werden.

Kinder und Jugendliche befinden sich oft in einer Phase, in der ihr Weltbild noch nicht festgelegt ist, wodurch es leichter ist, sie für einen toleranten Umgang mit Vielfalt zu sensibilisieren im Vergleich zu Erwachsenen. Daher ist es wichtig, sie zu ermutigen, sich nicht von Vorurteilen beeinflussen zu lassen, die möglicherweise im Elternhaus, in sozialen Netzwerken oder den Medien präsent sind. Jugendverbände sind Orte, wo junge Menschen Freundschaften unabhängig von Herkunft oder vermeintlicher Herkunft schließen, basierend auf persönlichen zwischenmenschlichen Kriterien.

Zugleich kommen die Kommunen und Engagierte an Grenzen, angemessene Aufnahme- und Unterstützungssysteme bereitzustellen und aufrecht zu erhalten. Um hier Abhilfe zu schaffen, braucht es eine angemessene Gesamtstrategie. Ein Teil dieser muss eine verlässlich und ausreichend ausgestattete Jugendhilfe sein, die ihrem Auftrag nach §1 SGB VIII auch unter diesen Rahmenbedingungen nachkommen kann, sodass die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden.



#Klimawandel

*„Ich streite nicht ab, dass sich die Erde erwärmt, aber ich glaube nicht, dass der menschliche Einfluss maßgeblich ist.“
(Alice Weidel)¹⁹*

*„Aber was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns viel eher fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel. Der Bevölkerungswandel, der das alte Europa in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln soll.“
(Irmhild Boßdorf)²⁰*

Das erste Zitat leugnet den menschengemachten Klimawandel. Das ist Wissenschaftsleugnung und hat den Vorteil, dass man sich damit der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung für die Folgen des Klimawandels entzieht und nicht aktiv werden muss. Das zweite Zitat enthält ein sogenanntes Framing, also das Setzen eines bestimmten Deutungsrahmens. Es führt die Themen Migration und Klimawandel zusammen. Es wird nicht anerkannt, dass manche Regionen der Welt stärker vom Klimawandel betroffen sind und sich es aus diesem Grund Migrationsbewegungen ergeben. Stattdessen wird behauptet, es sei eine links-grüne Verschwörung im Gange, welche den menschengemachten Klimawandel erfunden hat, um die Bevölkerung „auszutauschen“. Des Weiteren wird unter dem Verschwörungsparadigma der „großen Transformation“ die Klimaschutzpolitik als öko-sozialistische politische Agenda bezeichnet, welche letztendlich zur totalitären Freiheitsbeschränkung führe.

Statt die Verantwortung der Politik für das Gemeinwohl zu sehen, werden ihr böse Absichten unterstellt; Ausländer und Migration werden als generelle Bedrohung bezeichnet und kriminalisiert. Gesucht werden keine Lösungen, sondern Schuldige.

Wir sagen: „Wir tragen Verantwortung für das Leben zukünftiger Generationen.“

Als Jugendverbände erkennen wir die wissenschaftlich erwiesene Tatsache eines menschengemachten Klimawandels an, welcher eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist. Vor allem junge Menschen und ihre Nachfahren sind durch diese Tatsache betroffen und haben Angst vor den bevorstehenden klimatischen Veränderungen. Durch den demografischen Wandel und das aktuelle Wahlrecht sind insbesondere junge Menschen und ihre zukunftsgerichteten Sorgen und Themen im politischen Wettbewerb unterrepräsentiert.

¹⁹Quelle: 13.06.2019, AfD-Fraktionschefin Weidel, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus195150931/Alice-Weidel-AfD-Der-Begriff-Klimafluechtling-ist-zu-hinterfragen.html?wtrid=onsite.onsitesearch>.

²⁰Quelle: Rede bei Europaversammlung, 30.07.2013, <https://www.youtube.com/watch?v=z6y5clykLTM>.



Jugendverbände verstehen sich als Lobby-Organisationen junger Menschen und treten daher für eine Generationengerechtigkeit in Klimafragen ein.

Es ist wichtig, jungen Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen, um dem menschengemachten Klimawandel etwas entgegenzusetzen, Vorstellungen einer klimagerechten Weltgesellschaft zu entwickeln und damit verbundene Strukturwandelprozesse positiv zu gestalten.

Durch eine "Bildung für nachhaltige Entwicklung" werden junge Menschen dazu befähigt, sich kollektiv Wissen, Fähigkeiten, Werte und Einstellungen anzueignen, die sie befähigen, gemeinsam und organisiert aktiv zur Nachhaltigkeit und zum Schutz der Umwelt beizutragen.



Ausblick

Diese Broschüre zeigt, dass das Zentrum eines rechtspopulistischen bis rechtsextremen Menschenbilds und Weltanschauung die Ungleichwertigkeit von Menschen bildet. Diese politische Agenda ist voller sozialer Härte und ohne Solidarität mit den Schwachen der Welt und in unserer Gesellschaft. Gesucht werden keine Lösungen, sondern Schuldige, die ausgegrenzt und bestraft werden sollen.

Eines ist klar: Ideologien, die auf der Ungleichwertigkeit von Menschen basieren, stehen in klarem Widerspruch zu unserem Selbstverständnis.

Aber wenn sich illiberale und autoritäre Ideen weiter durchsetzen, sie politische sowie gesellschaftliche Macht erlangen, dann bedeutet dies ein Ende der Jugend(verbands)arbeit, wie wir sie kennen und wollen.

Dieser Herausforderung lässt sich nur gemeinsam und solidarisch begegnen.

Dafür fordern wir:

- Von uns selbst, uns auf gesellschaftlicher, organisationaler, fachlicher und persönlicher Ebene proaktiv für Demokratie und Menschenrechte stark zu machen und laut zu bleiben.
- Von Politik und Verwaltung, jene Strukturen und Personen, welche unsere Demokratie verteidigen, juristisch zu schützen und finanziell abzusichern.



Impressum

Herausgegeben durch Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.

Stand: Mai 2024

Kontakt

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.

Saydaer Str. 3, 01257 Dresden

Tel.: 0351-316790

Mail: info@kirs.de

www.kirs.de



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

